Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 191. | Dresden, Freitag den 19. August 1910. | 21. Jahrg.

Die Beamten.

Die Beamten in ihrer Gesamtheit bedeuten einen politischen Faktor. Nicht allein deshalb, weil ein Teil von ihnen leitende und einflußreiche Stellung inne hat, sondern auch, weil ihre Zahl immer größer wird, sie bei Wahlen ein großes Stimmengewicht in die Wagschale werfen und das Wohlbefinden keiner anderen Bevölkerungsschicht so sehr und so direkt von der Stellung der Parteien und der Regierung abhängig ist, wie das der Beamten. Aus diesem Grunde sind die Regierungen und die herrschenden Parteien in Deutschland stets bemüht gewesen, den Beamten und allen anderen beim Staate und den Kommunen Beschäftigten die Freiheit der Meinung und politischen Betätigung vorzuenthalten und sie wie Sklaven zu behandeln, die lediglich den Willen der Regierung zu erfüllen haben. Lange genug hat diese Knechtung der Beamten auch den gewünschten Erfolg gehabt. Aber die Entwicklung des parteipolitischen Lebens in Deutschland, die naturnotwendig der Entwicklung der Klassengegensätze folgen mußte und außerdem als ein Werk der politischen Erziehung durch die Sozialdemokratie zu betrachten ist, konnte selbstverständlich nicht spurlos an den Beamten vorübergehen. Die jüngere Generation des Beamtentums, vor allem die unteren Beamten, also die große Masse, zeigt deshalb auch einen ganz anderen politischen Sinn, ein anderes politisches Verständnis als ihre bureaukratisch gedrillten Vorgänger, die nur Kasernen- und Domestiken-Zimmerluft geatmet haben. Die mißlichen Gehalts- und Arbeitsverhältnisse zwangen auch die unteren Beamten immer mehr, sich der Macht des geheimen Stimmrechts bewußt zu werden. Und da sich die Sozialdemokraten ganz selbstverständlich auch der Beamten annahmen, erwuchs für die Regierung und die bürgerlichen Parteien die „Gefahr", daß die Beamten bei Wahlen ihre Stimmen der Sozialdemokratie geben werden. Für die bürgerlichen Parteien ist diese „Gefahr" um so größer, als sie mit den Beamten ihre letzte Stütze verlieren. Denn die Hoffnung, daß sie jemals wieder die Arbeiter für sich gewinnen könnten, haben sie bereits aufgegeben. Dieser Angst um die eigene Existenz entsprang das Wettlaufen der bürgerlichen Parteien um die Gunst der Beamten, denen bei den Wahlen die größten Versprechungen gemacht wurden. Gehaltserhöhungen wurden auch in ganz Deutschland durchgeführt. Aber wie dies bei unseren politischen Verhältnissen und der Auffassung der Regierung und der bürgerlichen Parteien nicht anders zu erwarten war, endete diese „Beamtenfreundlichkeit" mit einer fürchterlichen Enttäuschung der unteren Beamten, für die sehr wenig getan worden ist. Und die „Beamtenfrage" macht den bürgerlichen Parteien wieder die größten Kopfschmerzen, wie aus ihrer Presse zu ersehen ist.

In der Kreuzzeitung — dem Organ der ostpreußischen Junker — gibt ein „höherer Beamter" seinen Beklemmungen über das Verhalten „unserer Beamten" Ausdruck, indem er meint, es sei zu befürchten, daß unser Beamtentum „in kurzer Zeit seine besten Eigenschaften, namentlich die altpreußische Disziplin, Bescheidenheit und Pflichttreue, vollständig einbüßen und auf den Stand der Beamten gewisser anderer Länder herabsinken wird, wenn nicht endlich im Beamtentum selber gegen die neueren rein materialistischen Bestrebungen aufgetreten wird". Den Beamten wird es nicht schwer fallen, die richtige Antwort darauf zu geben. Denn die höheren Beamten, die Minister und auch die preußische Krone sind den Beamten ja mit einem guten Beispiel vorangegangen. Und es wird wohl niemand zu behaupten wagen, daß die Erhöhung der an sich schon sehr hohen Ministergehälter und die Erhöhung der Zivilliste um 3½ Million auf „altpreußische Bescheidenheit" zurückzuführen seien und nicht zu den „reinmaterialistischen Bestrebungen" gerechnet werden dürften! Daß aus dem Beamtentum selbst eine Bewegung herauswachsen werde, die sich gegen die Verbesserung ihrer Lebenslage richtet, das wird der „höhere Beamte" im Ernste wohl auch selbst nicht glauben. Dank der agrarischen Zoll- und Steuerpolitik der herrschenden Parteien sind die Lebensmittel und Bedarfsartikel so im Preise gestiegen, verteuert sich die Lebensweise zusehends immer mehr derart, daß keine altpreußische Disziplin und auch keine noch so große Bescheidenheit die Beamten davon abhalten können, auf eine Erhöhung ihrer Gehälter zu dringen. Der schwarz-blaue Block ist der wirkungsvollste Agitator, der die Beamten in den wirtschaftlichen Kampf treibt.

Der Kampf der Beamten um Verbesserung ihrer Lebenslage ist aber lediglich ein politischer Kampf. Denn die Regierung und die politischen Parteien sind ja ihre „Arbeitgeber", die ihre Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse bestimmen. Es ist daher auch selbstverständlich, daß die Beamten die Partei unterstützen, die ihre Forderungen vertritt, und erkennen lernen, daß sie nur unter politischer Freiheit, bei gleichen Rechten, kurz unter demokratischen Zuständen etwas erreichen werden. Daß ihr natürliches und selbstverständliches Streben auf Verbesserung ihrer Lebenslage sie von selbst zu demokratischen Anschauungen führt — zur Sozialdemokratie.

Das ist es, was die bürgerlichen Parteien und die Regierung kommen sehen. Was sie aber auch nicht verhindern können. Und sie können auch den berechtigten Ansprüchen der Beamten so lange nicht gerecht werden, solange sie an ihrer Militär- und Marinepolitik festhalten. Denn der Militarismus und Marinismus verschlingen so ungeheure Summen, daß für die Aufbesserung der Beamtengehälter ständig „kein Geld da" ist. Woraus sich auch für die Beamten die Lehre ergibt, daß neben der Verteuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel infolge einer verkehrten Steuer- und Zollpolitik auch der Militarismus und Imperialismus — also die gesamte Politik der herrschenden Klassen — die Ursachen ihrer gedrückten Lage sind und daß nur vom erfolgreichen Kampfe gegen diese Politik eine Verbesserung ihrer Verhältnisse zu erhoffen ist. Die Beamten werden aber auch aus anderen Ursachen heraus von den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten haben. Die Schlot- und Krautjunker sehen in jeder noch so bescheidenen Gehalts- oder Lohnforderung — von den Forderungen der hohen Beamten abgesehen — eine „Unverschämtheit", und ohne daß ihnen das Messer an der Kehle sitzt, werden sie nichts bewilligen. Im sogenannten gewerblichen und bäuerlichen Mittelstande aber herrscht ein solches Unverständnis über die Arbeit der Beamten, daß sich diese Bevölkerungsschicht, aus der sich zugleich auch der Stamm der bürgerlichen Parteien bildet, stets der Erhöhung der Beamtengehälter feindlich entgegenstellt. Man erinnere sich nur der Haltung der bürgerlichen Stadtverordneten und Gemeinderatsmitglieder gegen die Forderungen der Lehrer und Beamten! Der „höhere Beamte" in der Kreuzzeitung verweist auch auf diese Stimmung, und er spricht sicher allen bürgerlichen Parteien aus dem Herzen, wenn er die Beamten „verwöhnte Kinder" nennt und am Schlusse seines Artikels sagt:

„Nach unserer Ueberzeugung ist in den Verhältnissen unserer Beamtenschaft, und zwar derjenigen aller Klassen, nur ein wirklicher, schlimmer Uebelstand vorhanden: das zu späte Heranwachsen in eine auskömmliche Stellung mit seinem traurigen Gefolge von Ehelosigkeit, zu spätem Heiraten usw. Wo sonst noch Unzufriedenheit herrscht, da ist sie nicht urwüchsig, sondern sie wird künstlich durch das Bedürfnis nach Reklame und Abonnenten oder die Eitelkeit einzelner „Vorkämpfer" geschürt, oder aber sie gehört zu der üblen Sorte von Unzufriedenheit, welche gar nicht die des wirklich Notleidenden, sondern die des Verwöhnten ist, der gar nicht ahnt, wie gut er es eigentlich hat."

Er ahnt es gar nicht, wie gut er es hat, der Landbriefträger mit seinen 800 oder 900 M. im Jahre und der Eisenbahnschaffner, der kaum einen vollen Ruhetag in der Woche hat. Daß die Beamten keine eigene Meinung und keine Rechte haben sollen, findet der „höhere Beamte", wie nicht anders zu erwarten, ganz in der Ordnung. Er, der vielleicht 10 000 oder 20 000 M. Gehalt bezieht und keine Ursache zur Unzufriedenheit hat, spricht auch damit nur eine Ansicht aus, die mehr oder weniger in allen bürgerlichen Parteien die vorherrschende ist.

Glücklicherweise kommt aber die große Masse der unteren Beamten immer mehr zur Erkenntnis ihrer Lage und zu der Ueberzeugung, daß sie nur bei ihren Klassengenossen, den Arbeitern, Verständnis und Hilfe finden können. Die Beamten und bei den öffentlichen Korporationen angestellten Arbeiter stellen heute eine große Macht dar. Nach der Berufszählung von 1907 gibt es 390 000 Verwaltungsbeamte in Staat und Gemeinden. Die Post beschäftigte im genannten Jahre 312 708 Personen, die vollspurigen Eisenbahnen 692 408. In anderen Staats- und in den Gemeindebetrieben wurden rund 300 000 Personen beschäftigt. Und von den 299 396 Personen, die in der Berufsgruppe „Bildung, Erziehung und Unterricht" beschäftigt werden, sind sicher 250 000 von öffentlichen Korporationen fest angestellt, so daß rund 2 Millionen Personen als Beamte oder Arbeiter ihren Gehalt oder Lohn vom Staate und den Gemeinden beziehen. Mit dieser Macht von 2 Millionen Stimmen werden die unteren staatlichen und kommunalen Angestellten nur etwas erreichen können, wenn sie nicht mit, sondern gegen die Regierung und herrschenden Parteien gehen, die sie wie unmündige Kinder behandeln, aber mit der Sozialdemokratie, der Partei aller Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Ein Bülow-Pfeil.

Seit seiner Entlassung hat Fürst Bülow vermieden, sich in die deutsche Politik einzumischen. Er hatte ja, als er Kanzler war, im Reichstag einmal recht feierlich erklärt, er werde nach seinem Amtsende die Welt nicht mit Memoiren bedenken, und es konnte bisher scheinen, daß Bülow in der Tat seine politische Laufbahn für endgültig beendigt ansieht und daß er sich völlig ruhig verhalten wolle. Jetzt aber tritt Bülow plötzlich und recht eigenartig als Zeitungsschreiber in die Oeffentlichkeit zurück.

Bülow ist immer Meister in kleinen Künsten gewesen und er beweist dieses Talent jetzt wieder, indem er die Gelegenheit des 80. Geburtstags Franz Josephs benutzt, um einen hübsch zugespitzten Pfeil auf Wilhelm II. loszulassen, der die Schuld auf sich lud, den herrlichen Bülow aus dem Amte zu schicken.

Aus Norderney hat Bülow einen Artikel an das Neue Wiener Tageblatt gesandt, in dem die Persönlichkeit des greisen Franz Joseph laut gefeiert wird. Und in diesem Artikel finden sich auch folgende Sätze:

„Der Charakter des heutigen Festes löst an sich weniger politische als menschen-psychologische Betrachtungen aus: Kaiser Franz Joseph aber hat es wie wenige Fürsten verstanden, — wiederholt — und gerade in den entscheidendsten Augenblicken — der inneren und der äußeren Politik Oesterreich-Ungarns das Gepräge seines Charakters zu geben: das Gepräge eines den Forderungen des Fortschritts rechtzeitig sich anpassenden verständnisvollen Konservativismus und der Treue am gegebenen Wort."

Der Sinn dieser Worte ist deutlich.

Das offiziöse Telegraphenbureau, das viele Jahre hindurch jede noch so unbeträchtliche Redensart Bülows pompös in alle Welt verbreitet hat, vermeldet jetzt nichts von diesem Lebenszeichen des einstigen Gebieters. Auch die Nordd. Allgem. Ztg. versucht es mit dem Totschweigen. Die Post aber, das Scharfmacherblatt, das eine Störung der Bethmannschen Sammlungsversuche befürchtet, schreibt ganz aufgeregt:

„Es ist jedenfalls eigenartig und neu, wenn ein ehemaliger Reichskanzler in dieser Weise das Wort ergreift, und die von uns gesperrt gedruckten Worte sollen wohl eigentlich nicht nur in Wien, sondern auch in Berlin gehört werden und wiederum darauf hinweisen, weshalb Fürst Bülow gestürzt ist. Nun, die „Treue am gegebenen Wort" ist in Preußen jedenfalls immer so gut gehalten worden wie in Wien."

Fürst Bülow hat auf dem Wege über Wien an Wilhelm II. die Aufforderung gerichtet, er möge seinen Konservativismus verständnisvoll und rechtzeitig den Forderungen des Fortschritts anpassen und treu zu dem Wort der Thronrede stehen, die die Reform des preußischen Wahlrechts als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnete. Daher die Totschweigeversuche der offiziösen Presse und die Wut der Post.

Es ist im Augenblick ziemlich nebensächlich, was der verantwortliche Verfasser der Thronrede vom 20. Oktober 1908 persönlich des nähern unter der „Treue zum gegebenen Wort" versteht, an die er seinen Herrn zu mahnen sich erkühnt. So lange Fürst Bülow im Amte war, hatte er sich in der preußischen Wahlrechtsfrage keineswegs als ein Held erwiesen, sondern er hatte sein Terrain stets vorsichtig abgetastet und sich sein Ziel so eng wie möglich gesteckt. Das Vorbild aber, nach dem Fürst Bülow jetzt den König von Preußen zu handeln auffordert, Kaiser Franz Joseph I., hatte allerdings sein Wort für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht verpfändet, und dieses allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ist heute der Grundpfeiler der österreichischen Staatsverfassung.

Es ist ein Vorgang, der jedenfalls nicht des Reizes entbehrt, wie der einst überschwänglich gefeierte, dann jäh gestürzte Reichskanzler dem gegenwärtigen Berliner Kurs Mahnungen erteilt. Ob diese Mahnungen auf fruchtbaren Boden fallen, das ist eine andere Frage. Es ist auch für den weiteren Verlauf der preußisch-deutschen Politik nicht gerade wesentlich, ob das konservative Regiment nach Heydebrandschen und Zedlitzschen Rezepten oder verbrämt mit „Forderungen des Fortschrittes" à la Bülow ausgeübt wird. Die Entscheidung über die deutsche Zukunft liegt bei dem deutschen Volk, das sich sein Recht erobern wird.

Wer trägt die Schuld?

Natürlich zetert jetzt die ganze ordnungsparteiliche Presse: „Die bösen Sozialdemokraten, die die Werftarbeiter aufgehetzt haben, die Führer, die Verhandlungen mit den Unternehmern abgelehnt haben!" Und dabei sind konservative und liberale, Zentrums- und Unternehmerzeitungen ein Herz und eine Seele. Wenn das dreimal geheiligte Profitinteresse in Frage kommt, dann fallen alle politischen Unterschiede, und die dann und wann für politische Freiheiten sich begeisternde Freisinnige Zeitung wetteifert mit der Post und der Germania um die Palme der wüstesten Verdrehung der Tatsachen und perfidesten Verleumdung der Arbeiterbewegung.

Ein Beispiel davon, in welcher skrupellosen Weise dies Geschäft besorgt wird, bietet u. a. ein Artikel der Dresdner Nachrichten in der Mittwochnummer. Darin wird wieder das von uns bereits am selben Tage an der Hand von Tatsachen widerlegte Märchen von der „Unerfüllbarkeit der Forderungen der Arbeiter", von der „Schädigung des nationalen Wohlstandes", von der „unverantwortlichen Provokationspolitik der Arbeiter" und ähnliche allgemeine bei jedem wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter wiederkehrende Gemeinplätze aufgetischt. Dann aber heißt es:

„Die Arbeiterorganisationen üben zurzeit eine Tyrannei aus, die jeder Beschreibung spottet. Sie allein haben den Kampf provoziert, sie haben die Einladung der Werftbesitzer vom 26. Juli zu einer gemeinsamen Besprechung rundweg abgelehnt. Die Arbeiter wollten also den Kampf, nun haben sie ihn."

Und hier möchten wir einsetzen und an der Hand von Tatsachen nachweisen, daß auch diese so bestimmt klingende Behauptung, die Arbeiterorganisationen hätten die Einladung der Werftbesitzer zu Verhandlungen abgelehnt, falsch ist.

Hat doch selbst die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, das Scharfmacherorgan par excellence, zugegeben, daß die Werftbesitzer infolge der einschneidenden Forderungen der Arbeiter Verhandlungen darüber rundweg abgelehnt hätten und nur die Vertreter der Arbeiter eingeladen hätten, um sie persönlich über die „zwingenden Gründe" der Ablehnung zu unterrichten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100819/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG